WP-01-K3-150-2

Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Katrin Uhlig (KV Bonn)

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Nach Zeile 150 einfügen:

Wir setzen uns dafür ein, die in ihren Eckpunkten ausverhandelte, aber aufgrund der Neuwahlen nicht mehr unterzeichneten Zusatzvereinbarung zum Berlin-Bonn-Gesetz abzuschließen.

Begründung

Die Ampel-Koalition hatte in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, mit den Ländern Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, der Stadt Bonn sowie den umliegenden Kreisen eine Zusatzvereinbarung zum Berlin-Bonn-Gesetz zu schließen, die - mittlerweile mehr als - 30 Jahre nach dem Beschluss zum Regierungsumzug, den Status der Bundesstadt und der Region auf neue Füße stellen und die durch die erfolgten Ausgleichsmaßnahmen ausgezeichnet entwickelten Zukunftscluster absichern und weiterentwickeln sollte. Die Eckpunkte der Vereinbarung wurden im März 2024 vorgestellt, im März 2025 sollte die finale Unterzeichnung erfolgen. Dies ist aufgrund der vorgezogenen Wahlen nicht mehr möglich. Die in einem großen politischen Konsens erarbeiteten Eckpunkte sollten von einer neuen Bundesregierung aufgegriffen und zur Umsetzung gebracht werden.

weitere Antragsteller*innen

Katja Dörner (KV Bonn); Merle Dickhoff (KV Bonn); Andrea Bauer (KV Bonn); Constantin Uhlig (KV Bonn); Julia Höller (KV Bonn); David Thyssen (KV Bonn); Ute Hennig (KV Bonn); Giulia Pugnaghi (KV Bonn); Sebastian Hildebrand (KV Bonn); Noelle Fröhlich (KV Bonn); Vincent Glasow (KV Bonn); Arne Claßen (KV Bonn); Tim Achtermeyer (KV Bonn); Moritz Wächter (KV Rhein-Sieg); Alexandra Geese (KV Bonn); Jakob Florian Kraasch (KV Bonn); Bastian Kubis (KV Bonn); Martin Metz (KV Rhein-Sieg); Eva Kuzu (KV Bonn); sowie 34 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.